

Steffen Lehndorff\*

## Vom New Deal der 1930er Jahre zum Grünen New Deal<sup>1</sup>

**Zusammenfassung:** Die New-Deal-Politik der Roosevelt-Regierung war ein noch nie dagewesenes Reformprojekt als Antwort auf Depression, Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung. Sie beruhte auf einer politischen und gesellschaftlichen Dynamik, zu der die Bereitschaft zum Experimentieren und zum Lernen aus Fehlern, das Wechselspiel von Regierung und gesellschaftlichen Bewegungen und der Mut zum Konflikt mit mächtigen Interessengruppen in Wirtschaft, Politik und Medien gehörten. Der Blick zurück auf diesen sowohl erfolgreichen als auch widerspruchsvollen Reformprozess ist anregend für alle, die heute darüber nachdenken, wie eine radikale Wende hin zu einer sozial-ökologischen Transformation durchgesetzt werden kann.

**Schlagwörter:** New Deal, Roosevelt, Green New Deal, sozial-ökologische Transformation

### From the New Deal of the 1930s to the Green New Deal

**Abstract:** The New Deal policy of the Roosevelt administration was an unprecedented reform project in response to depression, mass unemployment and social impoverishment. It was based on a political and social dynamic that included a willingness to experiment and learn from mistakes, an interplay between government and social movements, and the courage to engage in conflict with powerful interest groups in business, politics and the media. A look back at this both successful and contradictory reform process is stimulating for all those who are thinking today about how a radical turn toward a social-ecological transformation can be set in motion.

**Keywords:** New Deal, Roosevelt, Green New Deal, social-ecological transformation

---

\* **Steffen Lehndorff** ist Research Fellow am Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen.

<sup>1</sup> Der vorliegende Aufsatz basiert auf meinem bei VSA erschienen Buch (Lehndorff 2020a), in dem ich ausführlicher auf die Entwicklung des New Deal und auf mögliche Anregungen für heute eingehe. Für kritische Hinweise danke ich der PROKLA-Redaktion und meinen Kolleg\*innen am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ).

Im vergangenen Herbst hat das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie im Auftrag von Fridays for Future eine Studie zu der Frage vorgelegt, ob und wie Deutschland im Laufe der vor uns liegenden 15 Jahre CO<sub>2</sub>-neutral gemacht werden kann, um damit einen Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaziele zu leisten. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass dies technologisch im Prinzip möglich sei, aber die Realisierbarkeit dieser »Großen Transformation« von der »gesellschaftlichen Bereitschaft zu massiven Veränderungen« ebenso abhängt wie von »einem außerordentlichen politischen Gestaltungswillen« (Wuppertal Institut 2020: 10f.).

Um zu demonstrieren, dass eine solche politische Entschlossenheit nicht nur notwendig ist, sondern auch tatsächlich entwickelt werden kann, beziehen sich insbesondere in den USA Vorschläge für einen grundlegenden sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft häufig auf den New Deal der 1930er Jahre und werden deshalb mit der Losung »Green New Deal« propagiert (Rehmann 2019). Zwar greifen dies mittlerweile auch andere Politiker\*innen als Werbebanner auf, die damit weniger weitgehende gesellschaftliche Veränderungen im Sinn haben dürften. Doch der explizite Bezug auf den New Deal ist inhaltlich und politisch ausgesprochen sinnvoll. Naomi Klein (2019) bringt es treffend auf den Punkt: »Wenn in öffentlichen Debatten der Grüne New Deal entweder als völlig praxisfern oder als Rezept für eine Ökodiktatur dargestellt wird, verstärkt dies nur das Gefühl, dass alle Bemühungen vergeblich sind. Aber hier ist die gute Nachricht: Der alte New Deal

stieß auf fast genau die gleiche Art von Widerstand – und das hielt ihn keine Minute auf.«

Genau darum geht es, und dies macht den New Deal von damals so interessant für einen Grünen New Deal von heute – auch und gerade dann, wenn darunter eine tiefgreifende sozial-ökologische Transformation verstanden wird. Kein Zweifel, die Herausforderungen, die damals zu bewältigen waren, unterschieden sich grundlegend von der heute anzugehenden gesellschaftspolitischen Mammutaufgabe, den Klimawandel zu bremsen oder gar zu stoppen. Doch wer sich gedanklich für einen Moment in die 1930er Jahre zurückzusetzen versucht, wird sofort verstehen, dass es eine außergewöhnliche politische Leistung war, einen demokratischen Ausweg aus den katastrophalen Folgen der Großen Depression zu bahnen – und dies zu einer Zeit, da in Europa Millionen von Menschen Mussolini und Hitler zujubelten oder in buchstäblicher Ehr-Furcht vor Stalin erstarrten. Einen Ausweg, für den es kein erprobtes Rezept gab und der deshalb auf völlig unbekanntes wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Terrain führte.

Charakteristisch für den New Deal war eine faszinierende politische und gesellschaftliche Dynamik, zu der die Bereitschaft zum Experimentieren und zum Lernen aus Fehlschlägen, das Wechselspiel von Regierung und gesellschaftlichen Bewegungen und der Mut zum Konflikt mit mächtigen Interessengruppen in Wirtschaft, Politik und Medien gehörten. Um im vor uns liegenden Jahrzehnt eine sozial-ökologische Transformation einleiten

zu können, wird es einer mindestens ebenso mächtigen, vermutlich sogar noch stärkeren Veränderungsdynamik bedürfen.

Was lässt sich, um dies in Gang zu bringen, aus dem New Deal der 1930er Jahre lernen? Zur Beantwortung dieser Frage werden im Folgenden einige Schlaglichter nicht allein oder in erster Linie auf das geworfen, was damals gemacht worden ist, sondern auch und vor allem darauf, wie es durchgesetzt wurde.

### »Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung«

Als im November 1932 Franklin D. Roosevelt, der sich gegen den harten Widerstand wichtiger Teile des Establishments seiner Partei als Kandidat der Demokraten durchgesetzt hatte, gegen Präsident Hoover antrat, litten die USA nach Jahren der Großen Depression – bei einer Arbeitslosenquote von fast 25 Prozent – unter Massenelend in Stadt und Land. Es gab weder eine Arbeitslosenversicherung oder -hilfe noch eine staatliche Renten- und Krankenversicherung. Nur noch rund ein Viertel der Arbeitslosen gelangten an rudimentäre kommunale Leistungen, die sich zumeist auf Essenzuteilung beschränkten. Und diejenigen, die noch einen Job hatten, mussten erhebliche Lohneinbußen in Kauf nehmen.

Das Wort »Depression« beschreibt nicht allein die wirtschaftliche und soziale, sondern auch die damalige Stimmungslage. Sie wurde 1933 in einem internen Bericht an die Washingtoner Regierung mit diesen Worten beschrieben: »Das Problem ist nicht, dass eine ›rote Bedrohung‹ abgewehrt werden

müsste, ... sondern Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung, ein gefährliches Gefühl der Hilflosigkeit und Abhängigkeit.«<sup>2</sup> Aus Sicht des US-Historikers William E. Leuchtenburg (1963: 26f.) gab es »weniger ein aktives Verlangen nach Veränderung als eine generelle Ernüchterung über parlamentarische Politik [...], von Verachtung für den Kongress, für Parteien, für demokratische Institutionen«. Zu einem ähnlichen Urteil kommt Jill Lepore (2019: 520): »Das demokratische Experiment, das mit der amerikanischen Unabhängigkeit begonnen hatte, schien unmittelbar vor dem Scheitern zu stehen.« Auch in den USA wünschten sich immer mehr Vertreter\*innen des wirtschaftlichen und politischen Establishments einen »wirtschaftlichen Mussolini« herbei. Doch im Unterschied zu vielen europäischen Ländern gab es keine organisierten faschistischen Bewegungen oder Parteien, die in ihrer Größe auch nur annähernd mit denen in Europa vergleichbar gewesen wären.

Die Arbeiterbewegung bot keinen Ausweg aus dieser Misere an: Sowohl die Sozialistische als auch die Kommunistische Partei waren im Hinblick auf Mitgliederzahlen, Wählerstimmen, alternative Strategien und politische Ausstrahlung von marginaler Bedeutung. Die meisten Gewerkschaften wiederum waren im Laufe der 1920er

---

2 Im Rahmen der 1933 eingeleiteten Beschäftigungsprogramme wurden Mitarbeiter\*innen der neu geschaffenen Behörden ins ganze Land ausgesandt, um Berichte über die lokale Umsetzung der Programme nach Washington zu schicken. Das Zitat stammt aus einem dieser Berichte (Schlesinger 2003b: 272).

Jahre in einem Gehäuse traditionalistischer Berufsverbände mit einer »diktorischen Bürokratie« (Kuczynski 1948: 273) ohne politischen Einfluss erstarbt. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder war seit 1920 von vier auf zwei Millionen zurückgegangen – dies entsprach einem Organisationsgrad von weniger als sechs Prozent aller abhängig Beschäftigten. Nach den großen Streikbewegungen von 1919ff. hatte der Wirtschaftsaufschwung der 1920er Jahre »den Klassenkampf zum Erlahmen gebracht« (Guérin 1970: 56). In der Krise flackerten in einigen Branchen wieder Arbeitskämpfe auf, denen viele Unternehmen mit teils brutaler Gewerkschaftsfeindlichkeit und so genannten »Gelben« Verbänden begegneten, doch insgesamt blieb die Streiktätigkeit auf dem niedrigen Niveau der Vorkrisenjahre.<sup>3</sup>

In diesem politischen Vakuum wurde Franklin D. Roosevelt mit 57 Prozent der Stimmen zum US-Präsidenten gewählt. Vor dem Hintergrund der tiefen Enttäuschung großer Teile der Bevölkerung über die Verelendungspolitik der Hoover-Regierung hatte sein Versprechen eines »New Deal for the American people« der Demokratischen Partei einen Stimmenzuwachs von 16 auf 28 Millionen Wähler\*innen gegenüber 1928 beschert – »nirgendwo in Europa gab

es einen so dramatischen Umschwung« (Hobsbawm 1994: 192).

### »Wir müssen etwas ausprobieren«

Sofort nach ihrem Amtsantritt begann die Regierung, das noch unbestimmte Versprechen des New Deal mit einem riesigen Wiederaufbauprogramm in die Tat umzusetzen – und sich dabei auf weites Neuland vorzuwagen. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes wurden nicht Schritt für Schritt angegangen, sondern beginnend mit den legendär gewordenen ersten 100 Tagen in voller Breite innerhalb sehr kurzer Zeit: Der Bankensektor wurde saniert und reguliert, und die Börse wurde staatlicher Aufsicht unterstellt; erste Versuche der Etablierung elementarer Sozialstandards wurden gestartet; mithilfe mehrerer Beschäftigungsprogramme und aus dem Boden gestampfter Regierungsagenturen wurden über sechs Millionen bis dahin arbeitslose Menschen für den Bau von Schulen, Spielplätzen, Kindergärten, Straßen, Grünflächen, für Aufforstung und Landschaftspflege eingesetzt; 3.000 Kulturschaffende verschiedenster Disziplinen wurden gefördert und brachten Kunst unters Volk; mit weiträumigen Infrastrukturprojekten wurden Staudamm-Systeme zur Bewirtschaftung, Bewässerung und Elektrifizierung ganzer Regionen geschaffen.

All dies wurde – entgegen einer heute in Teilen der Linken verbreiteten Auffassung – nicht von »unten« erzwungen, sondern von »oben« initiiert. Daraus aber folgte, dass der Funke energischen Regierungshandelns sehr schnell ermutigend auf große Teile der

3 Zur Mitgliederstärke der Gewerkschaften und Zahl der Streikenden vgl. Kuczynski (1948: 281, 296); zur Entwicklung der Gewerkschaften vgl. auch Schlesinger (2003a: 111ff. und 2003b: 385ff.) sowie den großen Überblick von Guérin (1970; für diesen Literaturtipp danke ich Carmen Ludwig). Auf die Gewerkschaften komme ich im folgenden Kapitel zurück.

Bevölkerung übersprang. Auf diese Weise entwickelte sich die dynamische Wechselwirkung zwischen »unten« und »oben«, die für den New Deal so typisch werden sollte.

Die inhaltliche Offenheit von Roosevelts Versprechen eines New Deal war keine Wahlkampfretorik: »Wir müssen die Fehler in unserem Wirtschaftssystem, unter denen wir jetzt leiden, notfalls mit drastischen Mitteln korrigieren. [...] Am wichtigsten ist: Wir müssen etwas ausprobieren« (zit. n. Schlesinger 2003a: 290). Tatsächlich wurde, wenn sich eine Maßnahme als zu wenig wirksam erwies, oder der Oberste Gerichtshof sie als verfassungswidrig erklärte, innerhalb weniger Monate oder gar Wochen ein neuer Weg eingeschlagen. Der Mut zum Experiment und zum Korrigieren eigener Fehler war von permanenten Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung und ihrer Beratungskreise begleitet. Dies konnte nur funktionieren, weil es ein großes Zielbündel gab, das alle aktiv Beteiligten unterstützten: Auf demokratischem Wege sollten Massenarbeitslosigkeit und Armut überwunden, soziale Mindeststandards etabliert sowie eine öffentliche Infrastruktur geschaffen werden, die allen zugutekam.

Dafür war demokratische Führungsstärke, mit Roosevelt als charismatischer Persönlichkeit an der Spitze, ganz offensichtlich von großer Bedeutung. Seine Ausstrahlung beruhte nicht auf dem Nimbus des Allwissenden und Unfehlbaren, sondern wurzelte in der Offenheit für neue Ideen und unterschiedliche wissenschaftliche und politische Auffassungen in seinem en-

geren Umfeld. Typisch für seine Vorbereitung von Entscheidungen war, dass er die miteinander diskutierenden Personen zunächst anhörte und sie dann bat, sich zurückzuziehen und erst wiederzukommen, wenn sie sich auf ein Konzept geeinigt hätten – wenn er nicht nach dem Anhören der kontroversen Debatte bereits selber seine Entscheidung verkünden konnte. Diese Entscheidungen erläuterte er dann in fast täglichen Pressegesprächen und allwöchentlichen Radioansprachen auf ruhige und sachliche Weise einer breiten Öffentlichkeit – und ließ sich auch durch heftigste Opposition von Lobbyorganisationen und Medienkampagnen nicht von ihnen abbringen.

Zu den wichtigsten Ausnahmen von dieser Herangehensweise gehörte die Scheu vor dem Antasten der rassistischen Strukturen des Landes. Gleiche Bürger\*innenrechte gehörten nicht zur expliziten Agenda des New Deal. In der darüber heute unter den Befürworter\*innen eines Green New Deal in den USA geführten kritischen Debatte wird allerdings auch auf die Voraussetzungen hingewiesen, unter denen der New Deal in Gang gebracht wurde. Der Rassismus war in allen Teilen des Landes gesellschaftlich tief verankert, und die Südstaaten, die damals zu den wichtigsten Bastionen der Demokratischen Partei gehörten, waren innerparteilich ein unverzichtbarer Teil der politischen Basis für die Durchsetzung der New-Deal-Politik. Der afroamerikanische Historiker Gerald Horne fasst dies in die Worte, dass der Präsident »mit einer felsenfesten Granitwand weißer Vorherrschaft in den Reihen seiner eigenen Partei konfrontiert« gewesen

sei (zit. n. Living New Deal o.J.). Auch William E. Leuchtenburg (1995: 273) urteilt, dass der New Deal aus diesem Grund zwar »zu der traurigen Bilanz der Rassendiskriminierung in Amerika« beigetragen habe, aber dennoch in der Praxis wichtige Fortschritte erzielt worden seien. So nahmen z.B. wesentlich mehr Afroamerikaner\*innen an den Beschäftigungsprogrammen teil, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprochen hätte. Das Innenministerium hatte zu diesem Zweck erstmalig ein Quotierungssystem eingeführt und Gleichbehandlung angeordnet (das einzige große Beschäftigungsprogramm, in dem es Rassentrennung gab, war das von einem Südstaaten-Gewerkschaftsfunktionär geleitete Civilian Conservation Corps). Öffentliche Projekte zum Bau von Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern schlossen gezielt vornehmlich von Schwarzen bewohnte Stadtteile ein. Erwähnenswert ist auch, dass in den 1930er Jahren erstmals Afroamerikaner\*innen in leitende Regierungs- und Staatsämter berufen wurden (das »Black Cabinet«). Erste wichtige Fundamente für die Bürgerrechtsbewegung der 1950er wurden in den 1930ern gelegt.<sup>4</sup> Die Fortschritte, die der New Deal brachte, können sinnvollerweise nur vor dem Hintergrund

---

4 Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Roosevelt bei seiner Wiederwahl 1936 unter afro-amerikanischen Wähler\*innen – die bis dahin traditionell der Republikanischen Partei als der Partei Abraham Lincolns die Treue gehalten hatten – besonders hohe Zustimmungswerte erzielte. In der englischen Ausgabe meines Buchs gehe ich ausführlicher auf die Problematik des Rassismus ein (Lehndorff 2020b: 21 ff.).

der damaligen Zeit bewertet werden – und dies umso mehr, wenn man sie mit den Entwicklungen in Europa in den 1930ern vergleicht.

Selbstverständlich gab es etliche Fehlentscheidungen der Regierung, die nicht mit einem derartigen politischen Dilemma zu erklären sind. Ein überraschend aktuelles Beispiel dafür – aber auch für die Fähigkeit zur Fehlerkorrektur – war die Haushaltspolitik des New Deal. Im Zuge der Krisenbekämpfung stiegen die Ausgaben der Bundesregierung von 1932 bis 1936 von 6,8 auf 10,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Einnahmesteigerungen hielten damit nicht Schritt. Bis 1936 gab es erhebliche Defizite im Haushalt der Bundesregierung. Es folgte ein konfliktreiches Hin und Her zwischen Ausgabenkürzungen und neuen Programmen, aber auch eine Hinwendung zu drastischen Steuererhöhungen für hohe Einkommen, Erbschaften und Unternehmensgewinne. Erst mit den Kriegsvorbereitungen ab 1940 wurde die Furcht vor höherer Staatsverschuldung endgültig über Bord geworfen, während *gleichzeitig* die Besteuerung hoher Einkommen nach und nach (bis ins »Goldene Zeitalter« der Nachkriegsjahrzehnte hinein) massiv erhöht wurde: der Spitzensatz der Einkommensteuer stieg auf schließlich 91 Prozent, der Spitzensatz der Erbschaftssteuer auf schließlich 77 Prozent und die durchschnittliche Bundessteuer auf Unternehmensgewinne auf über 45 Prozent.

Für einen Grünen New Deal ist nicht allein diese zum Lernen bereite Haushaltspolitik als solche anregend, sondern generell die für den New Deal typische Kombination von schnellem und

entschlossenem Handeln mit Mut zum Risiko und der Bereitschaft zur Korrektur von Fehlern und Schwächen. Die Zeit drängt heute ebenso wie damals. Gleichzeitiges und koordiniertes Handeln auf verschiedenen Feldern ist unabdingbar. Anders als damals wird es eines Masterplans bedürfen, denn einmal eingeschlagene Wege (wie z.B. bei den Antriebstechnologien) sind schwer zu korrigieren. Dennoch wird sich vieles von dem, was heute heftig umstritten ist, wie z.B. die Höhe und Art der CO<sub>2</sub>-Bepreisung oder die Wirksamkeit einer solchen Verteuerung in Kombination mit entschlossenen Ge- und Verboten, erst anhand praktischer Erfahrungen als zielführend oder ungenügend erweisen (Troost/Ötsch 2019). Die Kunst wird deshalb im Ausbalancieren von planmäßigem Vorgehen und Offenheit bestehen – und dies in einem hochgradig umkämpften Politikfeld.

Zu den prominentesten Beispielen für die *trial-and-error*-Politik des New Deal gehört der Weg zur gesetzlichen Verankerung elementarer Beschäftigungs- und Sozialstandards mit dem *Wagner Act* von 1935 und dem *Fair Labor Standards Act* von 1938. An ihm lassen sich auch besonders eindrucksvoll die Wechselwirkungen zwischen Regierungspolitik und gesellschaftlichen Bewegungen beobachten, die zu einem wichtigen Motor des New Deal wurden.

### »Ich begrüße ihren Hass«

Im Frühjahr 1933 startete die Regierung einen groß angelegten Versuch, Beschäftigungsstandards auf dem Wege quasi-sozialpartnerschaftlicher Branchen-Vereinbarungen einzuführen. Im

Rahmen einer zu diesem Zweck gebildeten Behörde (National Recovery Administration, NRA) sollten sich Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Verbraucherverbände über Mindestpreise, Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten und andere Sozialstandards wie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Tarifverhandlungen einigen, um deflationäre Dumping-Konkurrenz zu beenden und damit die Wirtschaft zu beleben. Dieser Versuch löste breite Zustimmung in der Öffentlichkeit und große Demonstrationen der Unterstützung unter dem patriotischen Symbol des »Blue Eagle« aus. Tatsächlich wurden unter großen Mühen eine Reihe von Vereinbarungen – zumeist nur zwischen NRA und Arbeitgeberverbänden – abgeschlossen.

Hinsichtlich der Sozialstandards scheiterte dieser Anlauf jedoch nach ein bis zwei Jahren. Die Vorstände wichtiger Industriekonzerne torpedierten deren betriebliche Umsetzung, und der Oberste Gerichtshof erklärte die NRA für verfassungswidrig. Doch diese gegen die Regierungsinitiativen gerichtete Boykottpolitik provozierte eine neue, weitreichende Dynamik: »Die nachhaltigeren Errungenschaften der NRA lagen nicht im wirtschaftlichen, sondern im gesellschaftlichen Bereich. [...] Die Blue Eagle-Kampagne veränderte die Stimmung in der Bevölkerung: weg von Verzweiflung, hin zu Bejahung und Aktivität« (Schlesinger 2003b: 174f.). Stärkstes Element dieses Umschwungs war eine massive Streikbewegung an der betrieblichen Basis. In teils blutigen Kämpfen vor allem für das Recht auf Tarifverhandlungen und gewerkschaftliche Organisation stieg

die Zahl der Streikenden von 324.000 im Jahr 1932 auf fast 1,5 Millionen 1934 und fast 1,9 Millionen 1937 (Kuczynski 1948: 296ff.).

Die meisten Vorstände der American Federation of Labor (AFL) standen alledem abwartend oder gar skeptisch bis ablehnend gegenüber. Nach Meinung von Arbeitsministerin Perkins, der ersten Ministerin in der US-Geschichte und wichtigsten treibenden Kraft in der Arbeits- und Sozialpolitik, waren die führenden Köpfe der AFL »blind für die Probleme der Zukunft« (Perkins 1946: 244). Ebenso wenig hellsehtig war die Politik der beiden Linksparteien. Die Sozialistische Parteiführung kritisierte den New Deal als Einführung eines »Staatskapitalismus«, und für den Generalsekretär der (allerdings sehr basis-aktivistischen) Kommunistischen Partei war das Programm des New Deal »dasselbe wie das des Finanzkapitals auf der ganzen Welt. [...] Im politischen Kern und in der Richtung ist es dasselbe wie Hitlers Programm« (zit. n. Schlesinger 2003c: 190).

Eine Minderheit der Gewerkschaftsvorstände erkannte dagegen sofort die Chancen, die der New Deal bot. Zu den Vordenkern und -kämpfern der Erneuerung gehörte Sidney Hillman, Vorsitzender der Gewerkschaft der Herrenbekleidungsindustrie und nonkonformistischer Sozialist, der 1936 im Vorstand seiner Gewerkschaft zurückblickend sagte: »Meiner Meinung nach hatten wir bis vor einigen Jahren keine Arbeiterbewegung in diesem Land. Selbst in unseren sogenannten radikalen Organisationen haben wir nur Lippenbekenntnisse zur Notwendigkeit der Organisierung abgegeben, aber was haben wir tatsächlich getan, um eine

echte Arbeiterbewegung zu schaffen? Das wäre, da bin ich mir sicher, ohne die NRA unmöglich gewesen« (zit. n. Leuchtenburg 1995: 132).

Besonders wichtig für die gewerkschaftliche Erneuerung war die Wende der Bergarbeitergewerkschaft, deren Vorsitzender John L. Lewis als eingefleischter Republikaner im Jahr davor noch für die Wiederwahl Hoovers eingetreten war. Jetzt leiteten er und andere AFL-Minderheiten massive Organizing-Kampagnen ein, in denen mit Slogans wie diesem geworben wurde: »Der Präsident will, dass Du in die Gewerkschaft eintrittst« (Rauchway 2008: 94). Dieser »grassroots unionism« leitete einen radikalen Umbruch in der Gewerkschaftsbewegung ein, aus dem schließlich ein mächtiger, neu gegründeter Verband von Industriegewerkschaften (CIO) hervorging. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stieg von rund zwei Millionen in 1933 auf über zehn Millionen Mitglieder am Ende des Jahrzehnts – mit einem Organisationsgrad in der Industrie von über einem Drittel.

Die Blockadepolitik mächtiger wirtschaftlicher und politischer Interessengruppen auf der einen Seite und die neue, erstarkende Arbeiterbewegung auf der anderen führten dazu, dass die Regierung jetzt auf Konfrontation setzte und eine rechtlich verbindliche Verankerung von Sozial- und Beschäftigungsstandards anstrebte, die schließlich mit den Gesetzen von 1935 und 1938 durchgesetzt wurde. Erneute Streikbewegungen mussten dafür sorgen, dass die Gesetze dann von den Industriekonzernen respektiert wurden. Die Arbeits- und Sozialgesetze waren somit einerseits das Ergebnis von *coun-*



*tervailing power* (Galbraith 1952), andererseits gaben sie dieser Gegenmacht Auftrieb, indem die Gewerkschaften mehr und mehr lernten, die neu gewonnenen Rechte sowohl im Alltag als auch strategisch zu nutzen.

Diese – ursprünglich durch Regierungshandeln ausgelöste – wechselseitige Verstärkung von Regierungspolitik und gesellschaftlichem Veränderungsdruck konnte nur funktionieren, weil die Roosevelt-Regierung eine enorme Konfliktbereitschaft aufbrachte. Es war kein populistisches Wahlkampfgetöse, wenn der US-Präsident 1936, in der Kampagne für seine Wiederwahl, Sätze wie diese aussprach: »Wir wissen jetzt, dass die Regierung durch das organisierte Geld genauso gefährlich ist wie die Regierung durch das organisierte Verbrechen. Niemals zuvor in unserer Geschichte waren diese Kräfte so vereint gegen einen Kandidaten, wie sie es heute sind. Sie sind sich einig in ihrem Hass auf mich – und ich begrüße ihren Hass« (Roosevelt 1936).<sup>5</sup>

Der Mut zum Konflikt, den die New Dealer zeigten, war 1936 die Basis eines noch größeren Erdrutschsieg als 1932. Sowohl der Oberste Gerichtshof als auch die Mehrheit des Arbeitgeberlagers gaben jetzt ihren Widerstand auf. Ein ähnliches, möglicherweise wie damals zu erzwingendes »progressives Lernen der Mächtigsten« (Klein 2016: 31) wird auch erforderlich sein, um ei-

nen Grünen New Deal einzuleiten. Und zwar unabhängig davon, ob Regierungen – wie im Falle Roosevelts – durch eigene Initiative zur gesellschaftlichen Mobilisierung beitragen oder – womit zukünftig eher zu rechnen ist – durch gesellschaftlichen Druck zu derartiger Konfliktbereitschaft getrieben werden.

Dies gilt nicht zuletzt für die Durch- und Umsetzung großer Infrastrukturprojekte, die eine Schlüsselrolle in einem als sozial-ökologische Transformation verstandenen Grünen New Deal spielen werden. Auch dafür bietet der New Deal der 1930er Jahre anregendes Anschauungsmaterial.

### »Power for the People«

Der New Deal löste eine Reformdynamik aus, in deren Zentrum identitätsstiftende Institutionen und Reformprojekte mit Symbolkraft standen – das Lebenselixier von gesellschaftlichen Bewegungen. Nichts hat – neben den Beschäftigungsprogrammen und der Stärkung sozialer Grundrechte – die Massenbasis des New Deal so sehr erweitert wie der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Der Leuchtturm dieser (stets von energischer Korruptionsbekämpfung begleiteten) Infrastrukturprojekte war die Tennessee Valley Authority (TVA). Diese bereits im Mai 1933 gegründete Bundesbehörde hatte die Aufgabe, eine der ärmsten Großregionen der USA durch Staudämme, Elektrifizierung und Bewässerung wirtschaftlich und sozial zu entwickeln.

Was ein zentralistisches Planungsmonster hätte werden können, wurde zu einem Beispiel der Verbindung von zentraler Planung und dezentraler Be-

---

5 »Organisiertes Verbrechen« ist meine freie Übersetzung von »organized mob.« Da »the mob« seinerzeit auch die gängige Bezeichnung für die Mafia war, dürfte Roosevelts Formulierung bei allen Zuhörer\*innen eine durchaus beabsichtigte Assoziation ausgelöst haben.

teilung. Der Leitung dieser neu geschaffenen Behörde war klar, dass sie auf die Zusammenarbeit mit regionalen und lokalen Institutionen und Akteuren angewiesen war. Der Direktor der Stromsparte, David Lilienthal, bezeichnete dieses Konzept als ein Experiment der »grassroots administration of federal functions«. Insbesondere die Rolle der Kommunen wurde durch dieses Herangehen, das auch für andere New Deal-Institutionen typisch werden sollte, erheblich aufgewertet. So hatten die Bundesbehörden plötzlich Bürgermeister\*innen und andere lokale Akteure auf ihrer Seite, die – insbesondere in den Südstaaten – dem New Deal zuvor distanziert gegenübergestanden hatten.

Trotz der Schattenseiten, die mit der »grassroots-Verankerung« einhergingen (v.a. dem Rassismus in den Südstaaten als selbstverständlicher Geschäftsgrundlage für die Mitwirkung lokaler Akteure), waren die großen Potenziale dezentraler Beteiligung unübersehbar. Dies zeigte sich vor allem darin, dass Stromversorgung – in den USA erstmals – auch zu einer öffentlichen Aufgabe wurde. In den privaten Elektrizitätskartellen traten jetzt kommunale Versorgungsunternehmen und landwirtschaftliche non-profit-Kooperativen als Konkurrenten entgegen, die den Strom von staatlichen Energieerzeugern bezogen und sowohl für die Versorgung ländlicher Regionen als auch für angemessene Preise in den Städten sorgten. »Power for the People« ist deshalb der treffende Titel, die der US-Historiker Schlesinger (2003c: 362) seiner Beschreibung der öffentlichen Stromversorgung im Rahmen der TVA voranstellt.

Die Erfahrungen der TVA demonstrieren damit, dass sich in der Infrastrukturpolitik die Eigentumsfrage besonders früh stellt. Erstmals wurde in den USA mit dem New Deal das Dogma »Privat vor Staat« angekratzt. Im Prozess eines Grünen New Deal wird es voraussichtlich nicht beim Ankratzen bleiben können. Wo, wie und wann sich die Eigentumsfrage im Prozess einer sozial-ökologischen Transformation konkret stellt, wird man sehen – es ist, wie gesagt, ein Prozess. Klar ist nur eines: Regierungen, die einen solchen Umbau ernsthaft in Angriff nehmen wollen, werden dafür die aktive gesellschaftliche Beteiligung und Unterstützung brauchen. Die Energie- und die Verkehrswende werden nur gelingen können, wenn beispielsweise kommunale Energieprojekte nicht mit Stromkonzernen in Ausschreibungen konkurrieren müssen, oder wenn auf lokaler Ebene mit Mobilisierung von Sachverstand und breiter Beteiligung von Betroffenen die kommunale Verkehrswende eingeleitet wird (Hennicke u.a. 2020; Thie 2020).

Wichtig dabei ist, dass beide Seiten der Medaille gesehen werden: Die Großprojekte des New Deal konnten nur funktionieren, weil am Beginn des Prozesses *big government*, der starke Staat, stand. Die Bundesregierung legte Prioritäten und Ziele fest, aber umgesetzt werden konnten sie nur in einem dezentralen Beteiligungsprozess. »Grassroots administration of federal functions« lautete damals der Gedanke, mit dem sowohl die Interdependenz als auch das Spannungsverhältnis beider Elemente des politischen Herangehens auf den Punkt gebracht wurden. Er hat an Aktualität nichts eingebüßt.

## Mut zum Konflikt

Die hier vorgestellten wenigen Beispiele für den politischen Prozess des New Deal können abschließend mit einer kleinen Anekdote illustriert werden. In einem Treffen Roosevelts mit Aktivist\*innen, die ihn für ein Gesetzesvorhaben gewinnen wollten, soll der Präsident sich die Argumente angehört und dann gesagt haben: »Sie haben mich überzeugt. Jetzt gehen Sie raus und sorgen Sie dafür, dass ich es mache« (Dreier 2011). Dies bringt die Quintessenz auf den Punkt, die für die Beantwortung der Frage entscheidend ist, wie eine sozial-ökologische Transformation in den vor uns liegenden Jahren eingeleitet werden kann: Nicht allein das *Wie*, sondern bereits das *Ob* eines Grünen New Deal hängt von der *wechselseitigen Verstärkung von Regierungspolitik und gesellschaftlicher Aktivität* ab.<sup>6</sup>

Wie bereits eingangs bemerkt sind die Unterschiede zwischen den damaligen und den heutigen Rahmenbedingungen und Herausforderungen selbstverständlich enorm. Den Klimawandel unter den Bedingungen des internationalen Finanzmarktkapitalismus bekämpfen zu müssen ist schwer vergleichbar mit einer Situation, in der es darum ging, sich im national-

staatlichen Rahmen auf unbekanntes Neuland vorzuwagen, um einen demokratischen Ausweg aus der bis dahin tiefsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Depression zu finden. Damals konnte Roosevelt seine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Intention mit Worten beschreiben wie: »Konzentrieren wir uns auf eine Sache – das Volk und die Nation zu retten«, und: »Ich arbeite in der entgegengesetzten Richtung zu Rom und Moskau« (Schlesinger 2003a: 455; 2003b: viii). Es ging seiner Regierung um die Überwindung einer das Land zerstörenden Krise und damit zugleich um die Rettung sowohl des Kapitalismus als auch der Demokratie. Heute wissen wir, dass es auf diesem Wege tatsächlich gelang, erstmals in den USA eine »Mäßigung des Privateigentums durch staatliche Kontrolle« durchzusetzen, wie Schlesinger (2003a: 191) das »gesellschaftliche Ideal« der New Dealer beschreibt. Und wir wissen auch, dass dies den US-Kapitalismus gestärkt hat, ebenso wie der europäische Kapitalismus von der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts immer wieder zu seinem Glück gezwungen wurde.

Wird sich aber der Kapitalismus in den vor uns liegenden zwei bis drei Jahrzehnten im Prozess eines sozial-ökologischen Umbaus als ebenso anpassungsfähig erweisen? Wird er die tiefen strukturellen und kulturellen Umbrüche überleben, die mit der Umorientierung und auch den Einschränkungen des bislang dominierenden, Natur verbrauchenden Akkumulationsmodells einhergehen müssen? Wir und vor allem zukünftige Generationen werden das wohl erst wis-

<sup>6</sup> Sehr treffend formuliert Häußermann (2019: 82): »Große Teile der linken Klimagerechtigkeitsbewegung wissen, dass ein Systemwandel notwendig ist. Sie gehen allerdings nicht davon aus, dass Parteien oder staatliche Institutionen dafür Lösungen liefern können. Andererseits können sie nicht überzeugend erklären, wie eine so tief greifende Transformation *ohne* Gesetze und staatliche Lenkung umgesetzt werden soll.«

sen können, wenn alles durchgesetzt worden ist, was zur Rettung der natürlichen Grundlagen menschlicher Zivilisation erforderlich ist. Sicher und viel entscheidender ist jedoch dies: »Die Alternative zum real existierenden und zerstörerischen Kapitalismus wird nicht erdacht und zum Prinzip gemacht, dem alle folgen sollten, sondern in kritischer Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Realität entwickelt [...] – und zwar von denen, die damit umgehen und leben müssen« (Altvater 2012: 131).

Weil dieser wichtige Gedanke so einfach wie wahr ist, folgt aus ihm aber auch: Der Prozess eines Grünen New Deal kann nur unter den Bedingungen dieses »zerstörerischen Kapitalismus« *beginnen*. Heute kommt es deshalb darauf an, »das Hier und Jetzt mögliche zu tun, um die Voraussetzungen für einen solchen Richtungswechsel herbeizuführen« (Brie/Zimmer 2020: 5). Dies wird, ebenso wie vor fast 90 Jahren, ein konfliktreicher Such- und Entdeckungsprozess auf allen Feldern und Ebenen der politischen Auseinandersetzung sein.

Kern dieses Prozesses wird erneut eine gesellschaftliche Dynamik sein müssen, in deren Zentrum identitätsstiftende Reformvorhaben mit Symbolkraft stehen: gesellschaftspolitische Großprojekte, die zur Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen beitragen und zugleich überzeugende Lösungen für alltägliche Existenzprobleme anbieten. Nur *Mut machende* und *mobilisierende* Reformprojekte können viele (ob berechnete oder unberechnete) Ängste in den Hintergrund drängen, die heute mit Klimapolitik verbunden sind, sowie eine die Umwelt erhaltende

Lebensweise attraktiver machen. Ebenso wie in den USA der 1930er Jahre wird dabei eine starke demokratische Führung eine Schlüsselrolle spielen. Ohne Regierungen mit sachlich fundierter Überzeugungskraft und der Bereitschaft zu harten Konflikten mit bremsenden Lobbyorganisationen ist eine Wende hin zu einem sozial-ökologischen Umbau schwer vorstellbar. Solche Regierungen werden gesellschaftlicher Gegenmacht bedürfen, um mehrheitsfähig zu werden und auf Kurs bleiben zu können – und um, wenn nötig, über das hinaus getrieben zu werden, was sie ursprünglich geplant hatten.

Alles beginnt damit, eine derartige gesellschaftliche Reformdynamik überhaupt erst einmal *in Gang zu bringen*. Dafür bietet sich der New Deal als Quelle der Inspiration und Ermutigung an. Die politische und akademische Linke muss sich nur dazu durchringen, dieses Potenzial nutzen zu wollen.

## Literatur

- Altvater, Elmar (2012): *Marx neu entdecken*. Hamburg.
- Brie, Michael / Zimmer, Gabi (2020): *Sagen, was ist!* Zur Strategiediskussion der Partei DIE LINKE im Vorfeld der Bundestagswahl 2021. In: *Sozialismus* 455 (47)10: 2-6.
- Dreier, Peter (2011): »Go Out And Make Me Do It«. <https://www.huffpost.com/>, Zugriff: 5.1.2021.
- Galbraith, John K. (1952): *American Capitalism: The Concept of Countervailing Power*. Boston.
- Guérin, Daniel (1970): *Die amerikanische Arbeiterbewegung 1867 – 1967*. Frankfurt/M.
- Häußermann, Dorothee (2019): *Strategische Allianzen – Was sich von der Bewegung für einen Green New Deal in den USA lernen lässt*. In: *Zeitschrift LuXemburg* 3/2019: 78-83.

- Hennicke, Peter u.a. (2020): Nachhaltig Mobil: eine Verkehrswende ist möglich. URL: <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de>, Zugriff: 5.1.2021.
- Hobsbawm, Eric (1994): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien.
- Klein, Dieter (2016): Gespaltene Machteliten. Verlorene Transformationsfähigkeit oder Renaissance eines New Deal? Hamburg.
- Klein, Naomi (2019): A Message From the Future with Alexandra Ocasio-Cortez. <https://theintercept.com/2019/04/17/green-new-deal-short-film-alexandria-ocasio-cortez/?comments=1>, Zugriff: 5.1.2021.
- Kuczynski, Jürgen (1948): Die Geschichte der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika von 1789 bis in die Gegenwart. Berlin.
- Lehndorff, Steffen (2020a): New Deal heißt Mut zum Konflikt. Was wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930er Jahre heute lernen können. Eine Flugschrift. Hamburg.
- (2020b): »New Deal« means being prepared for conflict. What we can learn from the New Deal of the 1930s. Hamburg.
- Lepore, Jill (2019): Diese Wahrheiten. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. München.
- Leuchtenburg, William E. (1963): Franklin D. Roosevelt and the New Deal 1932-1940. New York.
- (1995): The FDR Years. On Roosevelt and His Legacy. New York/Chichester.
- Living New Deal (o.J.): African Americans. <https://livingnewdeal.org/>, Zugriff: 5.1.2021.
- Perkins, Frances (1946): The Roosevelt I Knew. New York.
- Rauchway, Eric (2008): The Great Depression and the New Deal: A Very Short Introduction. Oxford/New York.
- Rehmann, Jan (2019): Ein Plan für alle (Fälle) – Der Green New Deal als sozial-ökologisches Hegemonieprojekt. In: Zeitschrift LuXemburg 3/2019: 71-77.
- Roosevelt, Franklin D. (1936): Address at Madison Square Garden, New York City. <https://www.presidency.ucsb.edu/>, Zugriff: 5.1.2021.
- Schlesinger, Arthur M. Jr. (2003a) (1957): The Age of Roosevelt, Volume I: The Crisis of the Old Order, 1919-1933. Boston/New York.
- (2003b) (1958): The Age of Roosevelt, Volume II: The Coming of the New Deal, 1933-1935. Boston/New York.
  - (2003c) (1960): The Age of Roosevelt, Volume III: The Politics of Upheaval, 1935-1936. Boston/New York.
- Thie, Hans (2020): Green New Deal von unten. <https://jacobin.de/>, Zugriff: 5.1.2021.
- Troost, Axel / Ötsch, Rainald (2019): CO2-Preis: Weder Superheld noch Superschurke. Zur Einordnung eines sinnvollen Klimaschutzinstruments. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung Standpunkte 8/2019. Berlin.
- Wuppertal Institut (2020): CO2-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. Bericht. Wuppertal.